



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 31.1.2025  
C(2025) 804 final

Herrn Gordan Grlić Radman,  
Minister für auswärtige und europäische  
Angelegenheiten  
Trg N.Š. Zrinskog 7-8,  
10000 Zagreb,  
Kroatien

**Betreff: Notifizierung 2024/0604/HR**

**Entwurf einer Verordnung über Maßnahmen zur Anpassung an die  
Anforderungen von Verordnungen über Lebensmittel tierischen  
Ursprungs**

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der  
Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**



im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 notifizierten die kroatischen Behörden der Kommission am 5. November 2024 den Entwurf einer Verordnung über Maßnahmen zur Anpassung an die Anforderungen von Verordnungen über Lebensmittel tierischen Ursprungs (im Folgenden „notifizierter Entwurf“).

Der Notifizierungsmitteilung zufolge soll der notifizierte Entwurf es den Unternehmen ermöglichen, sich in Bezug auf Infrastruktur, Ausrüstung und Produktionsverfahren an die Anforderungen der EU-Verordnungen über Lebensmittel tierischen Ursprungs anzupassen, kleine Betriebe in die Lage versetzen, auf jeder Stufe der Herstellung, Verarbeitung oder des Vertriebs von Lebensmitteln tierischen Ursprungs weiterhin die traditionellen Methoden anzuwenden, und die Geschäftstätigkeit in Gebieten mit geografischen Beschränkungen erleichtern.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission zu folgenden Anmerkungen und Bemerkungen veranlasst.

**1. ANMERKUNGEN IN BEZUG AUF ARTIKEL 13 DER VERORDNUNG (EG)  
NR. 852/2004 UND ARTIKEL 10 DER VERORDNUNG (EG) NR. 853/2004**

Der notifizierte Entwurf wird sowohl nach den Verfahren der Richtlinie 2015/1535 als auch nach Artikel 13 Absätze 3 bis 7 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 über Lebensmittelhygiene<sup>1</sup> und Artikel 10 Absätze 3 bis 7 der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs<sup>2</sup> notifiziert.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass, wenn ein Mitgliedstaat Maßnahmen zur Anpassung der in den Anhängen der Verordnungen (EG) Nr. 852/2004 und (EG) Nr. 853/2004 (im Folgenden „EU-Hygieneverordnungen“) festgelegten Anforderungen erlassen möchte, diese Maßnahmen Artikel 13 Absätze 3 bis 7 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 oder Artikel 10 Absätze 3 bis 7 der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 unterliegen und nicht der Richtlinie (EU) 2015/1535.

Ferner ist daran zu erinnern, dass die Verordnung (EG) Nr. 852/2004 in Artikel 13 Absätze 3 und 4 Folgendes vorsieht:

- „3. Die Mitgliedstaaten können, ohne die Erreichung der Ziele dieser Verordnung zu gefährden, nach den Absätzen 4 bis 7 des vorliegenden Artikels einzelstaatliche Vorschriften zur Anpassung der Anforderungen des Anhangs II erlassen.*
- 4. „a) Die einzelstaatlichen Vorschriften gemäß Absatz 3 haben zum Ziel*
- i) die weitere Anwendung traditioneller Methoden auf allen Produktions-, Verarbeitungs- oder Vertriebsstufen von Lebensmitteln zu ermöglichen oder*
  - ii) den Bedürfnissen von Lebensmittelunternehmen in Regionen in schwieriger geografischer Lage durch entsprechende Anpassungen Rechnung zu tragen.*
- b) In den anderen Fällen betreffen sie lediglich den Bau, die Konzeption und die Ausrüstung der Betriebe.“*

Die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 enthält ähnliche Bestimmungen in Artikel 10 Absätze 3 und 4 für einzelstaatliche Vorschriften zur Anpassung der Anforderungen in Anhang III der genannten Verordnung.

Der Notifizierungsmittelteil zufolge beabsichtigt Kroatien, nationale Maßnahmen zu ergreifen, um die weitere Anwendung traditioneller Methoden auf jeder Stufe der Herstellung, Verarbeitung oder des Vertriebs von Lebensmitteln zu ermöglichen, den Bedürfnissen von Lebensmittelunternehmen in Regionen mit besonderen geografischen Beschränkungen Rechnung zu tragen und die Durchführung von Anpassungsmaßnahmen für kleine Betriebe in Bezug auf den Bau, die Gestaltung und die Ausrüstung von Betrieben zu ermöglichen, wie in Artikel 13 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 und Artikel 10 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 vorgesehen.

Auf Ersuchen der Kommissionsdienststellen um zusätzliche diesbezügliche Informationen, insbesondere gemäß Artikel 13 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 und Artikel 10 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 853/2004, antworteten die kroatischen Behörden am 5. Dezember 2024 und erläuterten insbesondere die anzupassenden Anforderungen und die Art der Anpassungen, die von den Anpassungen betroffenen Lebensmittel und Betriebe, die Gründe für die Anpassungen und andere

<sup>1</sup> Verordnung (EG) 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Lebensmittelhygiene (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 1).

<sup>2</sup> Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 55).

einschlägige Informationen. Nach Eingang der von den kroatischen Behörden angeforderten Informationen halten die Kommissionsdienststellen die Notifizierung gemäß den EU-Hygieneverordnungen für vollständig (gemäß Artikel 13 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 und Artikel 10 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 853/2004).

Die Kommission bewertet die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 notifizierten Anpassungen nach dem in den genannten Verordnungen festgelegten Verfahren.

Ferner sei daran erinnert, dass es in Artikel 13 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 heißt:

*„Ein Mitgliedstaat darf einzelstaatliche Vorschriften zur Anpassung des Anhangs II nur erlassen,*

*a) wenn eine entsprechende Entscheidung gemäß Absatz 6 vorliegt oder*

*b) wenn die Kommission die Mitgliedstaaten einen Monat nach Ablauf der Frist gemäß Absatz 6 nicht davon in Kenntnis gesetzt hat, dass ihr schriftliche Bemerkungen vorliegen oder dass sie beabsichtigt, die Annahme einer Entscheidung gemäß Absatz 6 vorzuschlagen.“*

Die Verordnung (EG) Nr. 853/2004 enthält ähnliche Bestimmungen in Artikel 10 Absatz 7.

Unbeschadet etwaiger Entscheidungen gemäß Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 oder Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 möchte die Kommission gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 folgende Bemerkungen abgeben:

## **2. BEMERKUNGEN**

Artikel 10 des notifizierten Entwurfs sieht in Absatz 2 vor:

*„(2) In kleinen Schlachthöfen für Huftiere und Zuchtwild, in denen die Tiere, die aus der Republik Kroatien stammen oder seit mehr als drei Monaten in der Republik Kroatien aufgezogen wurden, geschlachtet werden, erfolgt die Schlachtung spätestens 21 Tage nach der Lieferung der Tiere, sofern sie während dieses Zeitraums die Räume für die Aufnahme und vorübergehende Unterbringung der Tiere im Schlachthof nicht verlassen haben und das Wohlergehen und die Gesundheit der Tiere nicht gefährdet wurden.“*

Artikel 6 des notifizierten Entwurfs enthält die folgende Definition von kleinen Schlachthöfen für Huftiere und Zuchtwild:

*„1. „kleiner Schlachthof für Huftiere und Zuchtwild“ – einen Betrieb zur Schlachtung von Huftieren und Zuchtwild mit einer Schlachtkapazität von höchstens 20 Großvieheinheiten pro Woche und einer Gesamtschlachtkapazität von höchstens 1 000 Großvieheinheiten pro Jahr;“*

Die Kommission stellt fest, dass die Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung<sup>3</sup> in Anhang III Nummer 1.2, die Vorschriften über den Betrieb von Schlachthöfen enthält, Folgendes vorsieht:

*„Nach dem Eintreffen werden die Tiere so schnell wie möglich abgeladen und anschließend ohne ungerechtfertigte Verzögerung geschlachtet.*

*Säugetiere (ausgenommen Kaninchen und Hasen), die nicht direkt nach ihrer Ankunft zu den Schlachtplätzen geführt werden, werden untergebracht.*

*Tiere, die nicht binnen zwölf Stunden nach ihrem Eintreffen geschlachtet wurden, werden gefüttert und dann in den angemessenen Abständen weiter mäßig mit Futter versorgt. In solchen Fällen werden die Tiere mit einer geeigneten Menge an Einstreu oder gleichwertigem Material versorgt, um ihnen in Abhängigkeit von der Art und der Zahl der Tiere ein angemessenes Wohlbefinden zu sichern. Dieses Material muss einen angemessenen Wasserabfluss gewährleisten, und Exkremente müssen hinreichend absorbiert werden können.“*

Aus dieser Bestimmung ergibt sich insbesondere, dass an einen Schlachthof gelieferte Tiere – einschließlich eines kleinen Schlachthofs im Sinne des notifizierten Entwurfs – ohne ungerechtfertigte Verzögerung nach ihrem Eintreffen im Schlachthof geschlachtet werden müssen, und wenn sie nicht innerhalb von zwölf Stunden nach ihrem Eintreffen geschlachtet werden, sind ihnen geeignete Mengen an Futter und Einstreu oder gleichwertigem Material bereitzustellen, die ein angemessenes Wohlbefinden gewährleisten. Außerdem ergibt sich daraus nach Ansicht der Kommission, dass sich der Ausdruck „ohne ungerechtfertigte Verzögerung“ grundsätzlich auf einen sehr kurzen Zeitraum bezieht.

Die Kommission stellt fest, dass nicht nur der maximale Zeitraum von 21 Tagen, der in Artikel 10 Absatz 2 des notifizierten Entwurfs festgelegt ist, sondern auch kürzere, aber immer noch beträchtlich lange Zeiträume, die nach dem notifizierten Entwurf zulässig sein können, ohne diesen Höchstwert zu erreichen, angesichts des Wortlauts, des Kontexts und des Zwecks der oben genannten EU-Vorschriften übermäßig lang erscheinen. Darüber hinaus enthält der notifizierte Entwurf keine Präzisierung der Bedingungen, unter denen die Tiere im Schlachthof gehalten werden, und die bloße Angabe, dass das Wohlbefinden der Tiere nicht gefährdet werden darf, steht nicht im Einklang mit den oben genannten Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009.

Ferner kann die Bedingung, dass Tiere aus Kroatien stammen oder länger als drei Monate in Kroatien aufgezogen wurden, eine indirekte Diskriminierung von Tieren darstellen, die in anderen Mitgliedstaaten aufgezogen und in Kroatien geschlachtet wurden, sowie von Tieren, die weniger als drei Monate in Kroatien aufgezogen wurden, da sie nicht demselben maximalen Zeitraum vor der Schlachtung unterliegen würden. Dies könnte die Schlachtung dieser Tiere in Kroatien erschweren.

Die Kommission fordert daher die kroatischen Behörden auf, den Ansatz in Artikel 10 Absatz 2 des notifizierten Entwurfs im Lichte der vorstehenden Bemerkungen zu überprüfen und gegebenenfalls Zeiträume nach dem Eintreffen der Tiere im Schlachthof festzulegen, die Anhang III Nummer 1.2 der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 entsprechen, und außerdem die Einhaltung dieser Bestimmung in Bezug auf die Unterbringung von Tieren in Schlachthöfen sicherzustellen.

Die kroatischen Behörden werden gebeten, diesen Bemerkungen Rechnung zu tragen.

---

<sup>3</sup> Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 des Rates vom 24. September 2009 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung (ABl. L 303 vom 18.11.2009, S. 1).

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut nach seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission mitgeteilt werden muss.

Für die Kommission

Sandra GALLINA  
Generaldirektorin

Generaldirektion Gesundheit und  
Lebensmittelsicherheit